

Text

793 Sozial-ökologische Marktwirtschaft

794 (90) Kern der sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist, Wohlstand im Sinne von
795 Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit neu zu bestimmen.

796 (91) Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das im Sinne einer
797 sozial-
798 ökologischen Marktwirtschaft Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als
799 Mittel zur
800 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle im Rahmen der planetaren Grenzen
801 nutzt.

802 (92) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer
803 Green Deal.
804 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges
805 Wirtschaften,
806 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die
807 Zukunft. Er
808 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen
809 Ausgleich und
810 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.

811 (93) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen
812 Wettbewerbs
813 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt
814 und innovative
815 Problemlösungen schaffen.

816 (94) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz,
817 Innovation und
818 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind
819 unverzichtbar, um die
820 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte
821 Märkte aber
822 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen
823 sicher, dass
824 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken.

825 (95) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir
826 wollen es
827 neu begründen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und handlungsfähigen
828 Staat und
829 klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter
830 öffentlicher
831 Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer
832 übergeordnete
833 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.

834 (96) Nur wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der
835 Märkte nicht
836 zulasten der natürlichen Lebensgrundlagen. Klimafreundliche Alternativen können
837 sich dann
838 durchsetzen.

839 (97) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem Wohlstandsmaß
840 und einer
841 neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Sie berücksichtigen neben
842 ökonomischen auch
843 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die
844 zum größten
845 Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird. Wohlstand ist mehr als Konsum,
846 nämlich auch
847 Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit.

848 (98) Wir wollen den Weg ebnen für soziales Unternehmertum, eine Wirtschaft des
849 Teilens, frei
850 zugängliches Wissen und Gemeingüter. So wird die Gemeinwohlökonomie gestärkt.

851 (99) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche
852 Wirtschafts-,
853 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich
854 stattfinden. Um
855 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte
856 Infrastruktur,
857 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende
858 öffentliche
859 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch
860 schnellere
861 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden mit
862 ausreichendem
863 Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

864 (100) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und
865 Institutionen
866 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des
867 Rechts, der
868 Verkehrsinfrastruktur und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und
869 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und
870 die kommunale
871 Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und
872 Wettbewerb
873 ausgenommen bleiben.

874 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

875 (101) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass
876 Märkte
877 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es
878 ist Aufgabe
879 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen.

880 (102) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem
881 Wettbewerb.

882 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von
883 Unternehmensbeteiligungen,
884 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge
885 durch und an

886 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen.

887 Außereuropäische
888 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische
889 Infrastruktur und
890 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

891 (103) Regulierung ist auf ihre Ziele auszurichten. Sie sollte Individuen und
892 Unternehmen

893 möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen. Es ist
894 laufend zu

895 überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete
896 politische Regeln

897 schränken Wettbewerb ein und hemmen wirtschaftliche Entwicklung. Regulierungen
898 müssen so

899 ausgestaltet sein, dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum
900 Wettbewerbsnachteil für kleine Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen
901 stattdessen

902 bewirken, dass Machtunterschiede möglichst ausgeglichen werden.

903 (104) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und
904 Vermitteln

905 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann
906 die Teilhabe

907 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden,
908 damit sie

909 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, faire Wettbewerbs- und
910 Arbeitsbedingungen

911 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa
912 braucht es

913 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.

914 (105) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu
915 setzen.

916 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position
917 als globaler

918 Industriestandort wahren, mit neuen Produkten und guten Arbeitsplätzen. Dazu
919 braucht es eine

920 aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade
921 da, wo der

922 Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in
923 Forschung

924 investieren und Arbeitsplätze sichern.

925 (106) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem
926 wirtschaftlich

927 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des
928 Unternehmens zu

929 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und
930 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll
931 mit
932 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen,
933 ökologischen und
934 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.

935 (107) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die
936 vollständige
937 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobilindustrie, Chemie
938 und
939 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den
940 vergangenen
941 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den
942 Herausforderungen des 21.
943 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen,
944 was sie –
945 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre
946 Kreativität,
947 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und
948 globale
949 Orientierung.

950 (108) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union
951 mit dem
952 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
953 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu
954 bleiben, sich
955 weniger abhängig von anderen globalen Playern zu machen und zugleich in der noch
956 weitestgehend unregulierten digitalen Welt Bürgerrechte zu sichern.

957 (109) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben.
958 In einem
959 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation,
960 Digitalisierung,
961 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer
962 Rahmensetzung sind die
963 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien
964 weiter in
965 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen
966 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

967 (110) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und
968 Erfindungen
969 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante
970 Produkte wie
971 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die
972 Regionalisierung in
973 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt
974 allein kann
975 das nicht richten.

976 (111) Das freie Unternehmertum, die Gründer*innen in Start-ups sind die
977 Treiber*innen für
978 Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und
979 Investitionen
980 in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen und
981 kleine
982 Unternehmen sowie Start-ups europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung,
983 beim Transfer
984 von Grundlagenforschung in die Praxis und sorgt für attraktive
985 Rahmenbedingungen, um die
986 besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte anzuziehen.

987 **Eigentum und Gemeinwohl**

988 (112) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine
989 sozial-
990 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es
991 gesellschaftlich,
992 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie
993 und
994 Marktwirtschaft bedroht.

995 (113) Das Privateigentum von Boden und Immobilien unterliegt einer besonderen
996 Sozialpflichtigkeit. Deshalb sollten Renditen in diesem Bereich begrenzt sein
997 sowie Grund
998 und Boden, insbesondere in den Großstädten, wieder verstärkt in öffentliches
999 Eigentum
1000 überführt werden.

1001 (114) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine
1002 stärkere
1003 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen können unsere
1004 Wirtschaft zu
1005 einer Gemeinwohlökonomie weiterentwickeln.

1006 (115) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne
1007 Kosten
1008 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und
1009 Gerechtigkeit.
1010 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist,
1011 um
1012 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie
1013 möglich soll
1014 Menschheitswissen werden.

1015 **Finanzmärkte und Banken**

1016 (116) Banken und Finanzmärkte haben die Aufgabe, realwirtschaftliche
1017 Investitionen zu
1018 finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die
1019 Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven

1020 Finanzprodukten zum
1021 Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum
1022 sogenannten
1023 „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und
1024 nicht
1025 kurzfristige Spekulation.

1026 (117) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu
1027 groß, werden
1028 sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze
1029 Volkswirtschaft
1030 in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel
1031 jederzeit
1032 möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und
1033 wirksame
1034 Haftungsregeln.

1035 (118) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen,
1036 lokalen
1037 Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht einfache, glasklare Regeln ohne
1038 Lücken, die
1039 für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder FinTechs. Kleine Banken, von
1040 denen keine
1041 Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und
1042 überwacht
1043 werden wie systemrelevante Großbanken.

1044 (119) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn
1045 Anlagegelder in
1046 den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, fossile
1047 Wirtschaft
1048 fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus
1049 Investitionen in
1050 fossile Unternehmen zurückziehen. Für private Anleger muss zu jeder Zeit
1051 transparent sein,
1052 worin investiert wird. Es gilt, die Finanzierung von Investitionen in
1053 Klimaschutz und
1054 Nachhaltigkeit günstiger zu machen als die Bereitstellung von Kapital für andere
1055 Zwecke.

1056 Geld- und Fiskalpolitik

1057 (120) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es,
1058 ökonomischen
1059 Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und
1060 können
1061 Gesellschaften ins Chaos stürzen.

1062 (121) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung
1063 der
1064 Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen
1065 Beitrag

1066 leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche
1067 Krisen zu
1068 verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die
1069 Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als
1070 auch auf
1071 europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben
1072 zu nutzen und
1073 auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden.
1074 Langfristige
1075 Schuldentragfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf
1076 die
1077 Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

1078 (122) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen
1079 Europa bei.
1080 Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So
1081 verschärfen sich
1082 wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und
1083 Handel, ohne
1084 dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische
1085 Währungsunion
1086 zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu
1087 bringen.

1088 (123) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und
1089 Fiskalpolitik. Sie
1090 braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren
1091 und in
1092 schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser
1093 Haushalt
1094 muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu
1095 finanzieren und
1096 schwere Konjunkturerinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser
1097 Haushalt auch über
1098 Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der
1099 Europäischen
1100 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein
1101 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

1102 (124) Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie
1103 gilt es zu
1104 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das
1105 Ziel der
1106 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte
1107 die EZB, wie
1108 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt auch das Ziel der Wohlfahrtsmehrung
1109 und eines
1110 hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank
1111 gesichert
1112 ist, sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die
1113 Liquidität der
1114 Staaten garantiert.

1115 (125) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und
1116 Vergemeinschaftung von
1117 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von
1118 Unternehmensgewinnen.
1119 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt
1120 werden. Im Fall
1121 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion
1122 müssen die
1123 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben,
1124 etwa den
1125 Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau
1126 aufzuerlegen.

1127 **Haushalts- und Steuerpolitik**

1128 (126) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam
1129 umzugehen und
1130 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf
1131 effizientem Weg
1132 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar,
1133 transparent
1134 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt
1135 unerlässlich.

1136 (127) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen
1137 Regeln für
1138 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die
1139 Verbindlichkeiten zu
1140 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und
1141 auszubauen.
1142 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die
1143 Handlungsspielräume künftiger
1144 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an
1145 der
1146 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und
1147 die
1148 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll
1149 und
1150 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

1151 (128) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften
1152 kommen nur
1153 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die
1154 Steuerzahler*innen ergeben.

1155 (129) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher.
1156 Es braucht
1157 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist
1158 Grundlage für
1159 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

1160 (130) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt
1161 neue
1162 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose
1163 Einkommen. Das
1164 Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und aus großen Vermögen
1165 muss wieder
1166 erhöht werden.

1167 (131) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden.
1168 Nicht am
1169 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen
1170 stärker
1171 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau
1172 und soziales
1173 Engagement begünstigt.

1174 (132) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale
1175 Umsätze
1176 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
1177 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

1178 (133) Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit am Gemeinwohl beteiligen.
1179 Dafür braucht
1180 es Transparenz über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der
1181 Lage ist,
1182 das Recht durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit,
1183 Geldwäsche und
1184 Sozialbetrug sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.